

„Ich will Fehler machen dürfen“

Das Projekt selAví will mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung. Und der Landtagsabgeordnete Alex Ploner fordert mehr Engagement bei der Arbeitsinklusion.

Silvia Rabanser musste schneller erwachsen werden als andere junge Menschen. Rabanser war nach ihrem Auszug von zuhause plötzlich Arbeitgeberin, musste Verträge abschließen, Urlaube verhandeln, Dienstpläne einteilen und sich mit viel Bürokratie auseinandersetzen.

Silvia Rabanser, heute 33 Jahre alt, hat eine Muskelerkrankung und ist deswegen auf Unterstützung angewiesen. Ihr fehlt es an Kraft, die Tür hinter sich zuzuziehen, wenn sie das Haus verlässt, sie braucht eine helfende Hand, wenn sie ein Glas Wasser haben möchte. Sie braucht eine persönliche Assistenz, am besten 24 Stunden am Tag,

sieben Tage die Woche. Sie sagt: „Die Umsetzung ist manchmal leichter, manchmal schwieriger.“

Zu den Herausforderungen gehört es, Leute zu finden, die diese Arbeit machen wollen. Nicht weil das Interesse fehlt, eher sind es die Arbeitsbedingungen, das geringe Gehalt zum Beispiel. Persönliche Assistenz kostet viel Geld. Silvia Rabanser ist eine von nur 17 Personen, die im vergangenen Jahr dafür einen Beitrag vom Land bekommen haben. Anspruch hätten über tausend, sagt sie. Die Bürokratie schrecke die Leute ab. Wie viel Geld man bekommt, hängt von der individuellen Situation und der Entscheidung einer Kommission ab. Der maximale Förderbetrag liegt bei 64.000 Euro pro Jahr, das Pflegegeld mitgerechnet.

Silvia Rabanser gehört zu den Mitgründer:innen von selAví, dem Südtiroler Pilotprojekt für persönliche Assistenz. Ihr Antrieb war die eigene Erfahrung. „Ich wünsche mir, dass sich auch andere Menschen auf den Weg machen können und es etwas leichter haben, als ich es damals hatte.“ Mittlerweile ist sie beim Projekt auch angestellt.

Anders als bei der Pflege steht bei der persönlichen Assistenz die Selbstbestimmung im Mittelpunkt. Rabanser entscheidet, was sie braucht und was sie will, die Assistenz setzt ihren Wunsch um. Sie sagt: „Menschen mit Behinderung wird abgesprochen, Fehler machen zu dürfen. Aber ich muss

Werben für das Konzept persönliche Assistenz: Silvia Rabanser, Anton van Gerven, Anna Faccin, Max Silbernagl, Heidi Ulm (von links).



Foto: Florian Datz

auch Sachen ausprobieren und lernen dürfen.“ Sie ist die Chefin.

Das Modell der persönlichen Assistenz entstand in den USA und ist in den 1970er Jahren nach Europa gekommen. In Innsbruck bietet die Selbstbestimmt Leben GmbH diesen Dienst seit 30 Jahren an. Silvia Rabanser und andere Aktivistinnen und Aktivisten wollen das Modell in Südtirol bekannter machen und etablieren.

Dafür haben sie im März selAví gegründet. Das Projekt ist bei Kolping Südtirol angesiedelt und wird für zwei Jahre über den Europäischen Sozialfonds finanziert, seit März nutzt selAví ein Büro im Haus Guggenberg in Brixen. Projektleiter ist Anton van Gerven, er arbeitete selbst als persönlicher Assistent.

Man will die nächsten beiden Jahre nutzen, um das Konzept bekannt zu machen, dafür zu sensibilisieren und Betroffene und ihre Eltern zu beraten. Diese hätten viele Fragen und Sorgen. Van Gerven sagt: „Wir wollen ihnen die Angst vor dem Aufwand nehmen.“ Oft wüssten auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den jeweiligen Ämtern nicht genau über Abläufe Bescheid.

Soziallandesrätin Rosmarie Pamer und ihre Ressortdirektorin Michela Morandini seien dem Projekt gegenüber jedenfalls aufgeschlossen.

Alex Ploner, Landtagsabgeordneter des Team K, kennt und schätzt das Projekt. Aber er macht sich auch Sorgen. Die Projektmitarbeiter hätten eine hohe Erwartungshaltung und einen sehr schweren Rucksack geschultert.

Ploner meldet sich seit Jahren zu Wort, wenn es um die Inklusion von Menschen mit Behinderung geht. Er hat in den vergangenen Monaten mehrere Landtagsanfragen gestellt, um zu verstehen, ob in der Gastronomie, im Handel oder im Handwerk Menschen mit einer Beeinträchtigung eingestellt werden. Betriebe ab 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind dazu gesetzlich verpflichtet.

Sein Fazit: Südtirols Privatwirtschaft macht zu wenig. Es gibt zwar individuelle Arbeitseingliederungen, für die das Land einen Beitrag zahlt; ist der Zeitraum der Eingliederung beendet, würden zu wenige Betriebe die jeweilige Person anstellen. Beispiel Gastgewerbe: In den vergangenen fünf Jahren gab es 246 Personen mit einer individuellen Vereinbarung. Acht davon wurden nach Beendigung der Vereinbarung angestellt, davon eine Person mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag.

Magdalena Oberrauch, die Direktorin des Amtes für Arbeitsmarktintegration, kennt die Kritik, kann sie aber in dieser pauschalen Form nicht nachvollziehen. Ihr Amt arbeite mit der Privatwirtschaft sehr gut zusammen. Über 60 Prozent der Arbeitssuchenden, die in den Listen der



Foto: Florian Daritz

gezielten Vermittlung eingeschrieben sind, würden direkt, also ohne individuelle Vereinbarung, vermittelt werden.

Alex Ploner fordert mehr. Das Land, so sagt er, solle verstärkt als Arbeitgeber auftreten. Man sehe oft nur den Aufwand und nicht die Chancen. Die „Wunderbar“ in Brixen, in der Menschen mit einer Behinderung arbeiten, sei ein Beispiel, wie Arbeitsintegration funktionieren könne.

Veränderungsbedarf sieht der Landtagsabgeordnete auch in der Schule. Es fehle an Personal für Integration, besonders in der italienischen Berufsschule. Ploner zeigt auf ein Dokument des Dachverbands für Soziales und Gesundheit, das vor ihm liegt. Der Dachverband schreibt in seinem Drei-Jahres-Programm 2026-2028: „Der Besuch der 4. und 5. Klasse an den Landesfachschulen muss auch für Kinder mit Behinderung ohne Einschränkung möglich sein.“ Organisatorische und strukturelle Hürden würden eine gleichberechtigte Teilnahme erschweren. Für viele Jugendlichen mit Behinderung ist nach der 3. Klasse Schluss.

Mehr Ressourcen für die schulische Inklusion fordern auch die Aktiven Eltern von Menschen mit Behinderung (AEB). Schulen dürften nicht gezwungen sein, den bestehenden Mangel zu verwalten. Kinder und Jugendliche mit Behinderung hätten ein Recht auf jene Unterstützung und Stundenzuweisung, die im individuellen Bildungsplan des Kindes festgelegt wird. Besonders die Betreuung von Kindern außerhalb der Klassengemeinschaft aufgrund fehlender personeller Ressourcen bereitet dem AEB große Bauchschmerzen.

Als sich der Verein Mitte Juni mit Philipp Achammer traf, um seine Forderungen und Sorgen zu deponieren, hat der Bildungslandesrat für das kommende Schuljahr zusätzlich 30 Stellen für Mitarbeiter:innen für Integration versprochen. Eine Ankündigung, deren Umsetzung der Verein aufmerksam verfolgen will.

Andrej Werth



Foto: Alessandro Ayler

„Wir behandeln die Leute nicht als Arbeitnehmer, sondern als Integrationsprojekt.“

Alex Ploner, Landtagsabgeordneter Team K